



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/115

14. September 1949

Dr. Adenauer

sp. Ein Bild ging kürzlich durch die Zeitungen: eine hohe, schlanke Gestalt im schwarzen Anzug, die, leicht zur Seite geneigt, einen aufgespannten Regenschirm hochhält, die andere Hand greift grüssend an den Rand des Zylinders. Das Gesicht ist maskenhaft verschlossen. "Vom Scheitel bis zur Sohle alte Schule", hatte man als Unterschrift gewählt. Es war eine Aufnahme Adenauers.

"Alte Schule" - das ist richtig. Es wird damit eine konservative Grundhaltung angedeutet, die in der Verkörperung dieses Mannes freilich schon betont rückschrittlich ist. Adenauer ist äusserlich eine auffallende Erscheinung von einer halb betonten, halb lässigen Eleganz des Alltags. Form und Ausdruck seines Gesichtes sind ungewöhnlich, er erinnert mit den starken Backenknochen, den breiten Flächen der pergamenten getönten Haut und den schmal geschnittenen Augen an den Schauspieler Paul Wegener. Der Blick strahlt nichts so sehr aus wie Kühle, ja Kälte und das Bestreben, sich zu distanzieren. Selbst die gelegentlich auftauchende schwache Herzlichkeit, etwa bei einem Versuch, zu scherzen, wirkt gefroren.

Dr. Adenauer ist viel später in die erste Reihe vorgedrückt, als das nach seiner eigenen Vorstellung für seine Talente angemessen ist. Er bekleidete schon vor 1933 als Oberbürgermeister von Köln und Präsident des Preussischen Staatsrates hohe repräsentative Posten, aber eben keine eigentliche politische Stellung von bestimmendem Einfluss; sehr zu seinem Leidwesen, denn der vielleicht hervorstechendste Zug seines Wesens ist sein Hang zur Macht. Er will sie besitzen, um sie zu gebrauchen, ohne dass er wohl immer im einzelnen wissen wird, was er damit anfangen soll. Aber das erste wird ihm vermutlich wichtiger

sein als das zweite. Das seltsam Widerspruchsvolle ist dabei, dass trotz seinem Willen zur Macht und trotz seiner unbestrittenen geistigen Kapazität Adenauer im Grunde ein Mann ohne Organ für das eigentlich und wesentlich Politische ist. Wohl aber ist er ungewöhnlich geschickt in der Behandlung von Menschen, die unter seinem Niveau stehen - der geborene Aufsichtsratsvorsitzende, der es erreicht, dass seine Leute die Hand hoch halten, auch wenn sie nicht wissen, worüber gerade abgestimmt wird.

Adenauer ist im tiefsten Grunde seines Herzens ein Menschenverächter, was er selbst im kleinsten Kreise gesprächsweise zugegeben hat. Ja, er ist von der Käuflichkeit der Menschen überzeugt, wenn auch natürlich nicht allein im primitiven Sinne dieses Wortes. Er kann gelegentlich Charme entwickeln, aber dieser Charme ist zweckbestimmt; er hat seinen Ursprung in einem kühlen, rechnerischen Verstand und nicht in einem warmen Herzen, das sich freudig ausgibt.

Wenn Adenauer so spät an die Macht kommt, hängt das nicht zuletzt damit zusammen, dass sein früheres Liebäugeln mit den rheinischen Separatisten für ihn in den Jahren zwischen den Kriegen trotz der ehrenvollen Stellungen, die er einnahm, eine beträchtliche politische Hypothek war. Jeder Form von politischem Fortschritt, auch einer noch so gemässigten, steht er mit äusserstem Misstrauen gegenüber. Das schliesst nicht aus, es bedingt fast die Reichhaltigkeit seiner sozialpolitischen Begriffsskala. Seine Beziehungen zu führenden französischen Kreisen waren stets ausgesprochen gut, wenn auch oft nicht immer sehr klar. Das mag seiner allgemeinen Neigung entsprechen, manche Zusammenhänge und oft auch Vorgänge, über die man ihn befragt, in einem gewissen Zwielficht zu lassen.

Dass ein Mann dieser Art von der Sozialdemokratie mit Argwohn betrachtet wird, braucht fast nicht mehr gesagt zu werden, nach allem, was in den vergangenen Jahren über ihn und insbesondere über sein Verhältnis zur SPD bekanntgeworden ist.

Finnische Perspektiven

Von unserem skandinavischen Korrespondenten

K.V. Man hat Fagerholms Wort dafür, dass die letzte Streikwelle die bestorganisierte Aktion war, die Finnlands Kommunisten bisher gestartet haben. Diesmal hatten die Kommunisten kaum die Absicht, sich wieder in die Regierung "hineinzustreiken", oder ihre Positionen innerhalb der Gewerkschaften zu verbessern. Was sie mit ihrer letzten Aktion bezweckten, war die Spaltung der Gewerkschaften mit all den Folgen, die eine solche Spaltung für das Land mit sich bringen kann. In dieser Beziehung haben die finnischen Kommunisten einen vorläufigen "Erfolg" davongetragen. Ob und wie er sich auswirken wird, muss abgewartet werden.

Die zusammengebrochene Streikaktion hat die Stellung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung erheblich gebessert. Unmittelbar, bevor der Reichstag zu seiner Herbsttagung zusammentrat, vollzog sich in den Reihen der Agrarpartei, der mandatsmäßig stärksten Partei, des Landes, eine deutliche Schwenkung. Plötzlich entdeckte man dort, dass die Fagerholm-Regierung gute und nützliche Arbeit für das Land geleistet habe und dass man es ihr danken müsse, dass die Streikaktion im Sande verlaufen sei. Die kommende schwierige Situation, die durch die Spaltung der Gewerkschaften entstehen könne, dürfe deshalb nicht durch Regierungskrisen kompliziert werden.

Man kann also davon ausgehen, dass vorläufig der Fagerholm-Regierung parlamentarisch keine Gefahren drohen und dass sich das Zusammenspiel zwischen Agrarpartei und Kommunisten, das zu Anfang und im Sommer dieses Jahres auf ein Haar die Fagerholm-Regierung gestürzt hätte, sich vorerst nicht wiederholt.

Man darf auch die Hoffnung hegen, dass die Neuwahl des finnischen Präsidenten, die durch das Parlament vorgenommen wird, ohne Schwierigkeiten vorstatten geht. Die Präsidentenwahl erfolgt kurz nach Neujahr, und es gilt schon heute für ausgemacht, dass mit Ausnahme der Kommunisten alle Parteien sich auf die Wiederwahl von Paasikivi einigen werden. Erst nach vollzogener Präsidentenwahl - etwa im Februar nächsten Jahres - tritt dann verfassungsgemäss die Fagerholm-Regierung zurück. Man kann davon ausgehen, dass bis zu diesem Termin, die sozialdemo-

kratische Minderheitsregierung fest im Sattel sitzen wird und eine breitere Vertrauensgrundlage erhält als bisher.

Trotzdem wäre es verkehrt, ausschliesslich das Augenmerk auf diese günstige Perspektive zu richten. Die Spaltung der Gewerkschaften birgt Gefahrenentwicklungen, die für Finnland schwerwiegende Folgen zeitigen können. Man darf keinen Augenblick im Zweifel darüber sein, dass die finnischen Kommunisten mit Streik und Gewerkschaftsspaltung den Zweck verfolgen, die gesamte Gewerkschaftsbewegung aus ihren nationalen Zusammenhängen zu reissen, um sie als Instrument gegen das Land und seine wirtschaftliche Erholung zu missbrauchen. Sie hoffen, mit Hilfe eines Teiles der Gewerkschaftsbewegung soviel Sprengstoff unter das Fundament des Staates legen zu können, dass ihnen von unten her das gelingt, was ihnen von oben her versagt blieb.

Die bisher ausgeschlossenen Verbände - im ganzen sechs - die mit ihren 80 - 90.000 Mitgliedern ungefähr 25 Prozent der Gesamtmitgliedschaft ausmachen, sind natürlich keine geschlossene kommunistische Einheit. Es gibt starke sozialdemokratische Minderheiten und viele Arbeiter, die höchst unzufrieden mit den kommunistischen Leitungen sind, weil sie in die Streiks ohne die geringsten Erfolgsaussichten gehetzt wurden.

Nach dem Ausschluss hat deshalb die Zentraleitung der finnischen Gewerkschaften die Tür für die ausgeschlossenen Verbände weiter offen gehalten. Sie können jederzeit wieder zurückkehren, wenn sie die Voraussetzungen für eine erspriessliche Zusammenarbeit erfüllen. Was man von sozialdemokratischer Seite verhindern will, ist die Bindung einer konkurrierenden aktionsfähigen Gewerkschaftszentrale, die nur von Kommunisten beherrscht wird. Ob dies gelingt, darauf kann erst die Zukunft Antwort geben.

Vorläufig wird der Kampf, in welche Richtung die Gewerkschaften gehen sollen, in jedem Betrieb, auf jeder Arbeitsstelle und in jeder Lokalorganisation ausgefochten. Wie wichtig und entscheidend für Finnland der Ausgang dieses Kampfes ist, darüber ist sich die finnische Sozialdemokratie vollkommen im klaren. Dass sie in nächster Zukunft auf dem politisch-parlamentarischen Abschnitt einer ruhigen Entwicklung entgegensehen kann, gestattet ihr, sich dieser heute so zentralen Aufgabe in den Gewerkschaften mit allen Kräften zu widmen.

Pünders schräge Dachkammern

sp. Der "Frankfurter Rundschau" entnehmen wir folgende Glosse:

In der Ausgabe der "Allgemeinen Zeitung", Mainz, vom 9. September, lesen wir einen Bericht "Hie Bonn, hie Frankfurt". Er gibt die Meinung von zehn Abgeordneten des Bundestages über die Frage der vorläufigen westdeutschen Bundeshauptstadt wieder. Einer der Befragten ist Oberdirektor Dr. Pünder. Er sagt wörtlich: "Ich bin für Bonn. Ich habe in Frankfurt, als ich als Oberdirektor dorthin kam, im vierten Stock mit schrägen Dachkammern gewohnt. Das besagt doch wohl einiges...

Das besagt allerdings einiges. Armer OD...

Wir Frankfurter allerdings wissen es anders. Wir stellen deshalb fest, dass Herr Oberdirektor Dr. Pünder in der ersten Zeit seines Frankfurter

Aufenthaltes auf eigenen Wunsch bei den katholischen Schwestern im Marienkrankenhaus wohnte. Ob er dort in schrägem Zimmer sass, wissen

wir nicht. Wir wissen aber, dass vor etwa einem Jahr der Oberdirektor das Haus Fürstenbergerstrasse 41 bezog. Es wurde ihm von der Stadt-

verwaltung zur Verfügung gestellt. Und nicht nur das, dieses Haus besitzt zwölf Zimmer, die also der arme OD mitbesass! Und dieses Haus

mit zwölf Zimmern wurde, da es leicht beschädigt war, von der Stadtverwaltung für die Wohnzwecke des OD mit einem Kostenaufwand von

94.506 D-Mark und 31 D-Pfennigen wieder hergerichtet. Es ist zum grossen Teil nach den eigenen Wünschen des Schräg-Zimmer-Bewohners

Dr. Pünder ausgestaltet worden. Es enthält u.a. ein sehr luxuriös eingerichtetes Arbeitszimmer mit einem entsprechenden Vorzimmer, ferner

Baderäume - auch nach eigenen Angaben des Herrn Dr. Pünder.

Armer, verwirrter OD Dr. Pünder. Ob ihm sein neuer Hausherr, Herr Dr. Adenauer, in Bonn wohl dasselbe nach "eigenen Angaben" einrich-

tet?

* * * *

Erneut "Säuberung" der SEP. (sp) Die mecklenburgische "Landes-Zeitung", das SEP-Organ, schreibt: "Wie tief einige Genossen im opportunistischen Sumpf versackt sind, zeigt das gruppenmässige Auftreten gegen die Verordnung zur Zusammenfassung der kommunalen Energiebetriebe bei der DWK. Neben dem Stadtrat Müller, der sich als partei- und klassenfremdes Element entlarvte, hat der Genosse Albert Schulz, der Repräsentant unserer Partei in der Kommunalverwaltung von Rostock, einen ausserordentlich ernsten politischen Fehler begangen, indem er sich an den gegen die politische Linie unserer Partei gerichteten Handlungen beteiligte, und den opportunistischen Sumpf in der Stadtverwaltung von Rostock duldete."

Anlass dieses Angriffs war eine Verordnung der "Sowjetdeutschen Wirtschaftskommission", die Energiebetriebe aus der Verwaltung der Gemeinden herauszunehmen und künftig zentral durch die DWK zu bewirtschaften. Oberbürgermeister Schulz-Rostock, Sozialdemokrat und qualifizierter Verwaltungsfachmann, versuchte in sachlicher Auseinandersetzung das Inkrafttreten dieser Verordnung zu verhindern, weil die Ausschaltung der kommunalen Selbstverwaltung bedeutet.

Die mit Schulz gleichgesinnten SEP-Mitglieder wurden vor das Parteikollegium zitiert, um "ihre politischen Fehler einzusehen, sich zu revidieren und der ganzen Partei ein Beispiel der selbstkritischen Stellungnahme zu geben." Sie lehnten es jedoch ab, weil sie aus begründeter Überzeugung "die Interessen der Gemeinden gegen die DWK verteidigen wollten."

Die SEP-Landesleitung konstruierte aus der Verteidigung der kommunalen Selbstverwaltung durch gewählte Gemeindevertreter einen "organisierten Widerstand gegen die zentrale Bewirtschaftung der Energiebetriebe in Mecklenburg". "Einstimmig" wurden vom SEP-Landesvorstand eine Reihe von Angehörigen mecklenburgischer Stadt-Kreis- und Gemeindeverwaltungen, in der Hauptsache ehemalige Sozialdemokraten, aus der SEP ausgeschlossen und ihrer Ämter enthoben.

Und weiter: Das SEP-Politbüro hat für die Zeit vom 1. September bis 15. Dezember 1949 in allen Einheiten der SEP Neuwahlen angeordnet. Ehemalige Sozialdemokraten sollen zu den Versammlungen der "Parteikollegien" nicht mehr hinzugezogen werden. Sie sollen künftig ihre Anweisungen durch "Instruktoren" des Parteivorstandes erhalten. (b/B39/3/149/he)

Labour-Party eröffnet den Wahlkampf

(sp) Eine Massenkundgebung in Filey, die für das nächste Wochenende geplant ist und auf der die Spitzen der Partei sprechen werden, wird allgemein als Eröffnung des Wahlkampfes der Labour Party für die Unterhauswahlen gewertet. Diese dürften wahrscheinlich im Frühjahr durchgeführt werden. Ihre Abhaltung noch in diesem Jahr wird allgemein als höchst unwahrscheinlich angesehen. Bevin und Sir Stafford Cripps werden erst im Oktober wieder aus den USA zurückkehren und dem Parlament nicht vor Ende Oktober über das Ergebnis ihrer Besprechungen in den USA berichten. Würde die Regierung dann zurücktreten, wären Neuwahlen frühestens Ende Dezember denkbar. Dieser Termin scheidet indessen im Hinblick auf das Weihnachtsfest aus. Ende September werden die Führer der Labour Partei das Wahlprogramm festlegen. Trotz Widerspruchs von vielen Seiten erwartet man, dass in ihm auch die Verstaatlichung der Versicherungsgesellschaften gefordert wird. (m/942/149/2/he)

Verantwortlich: i. V. Josef Schmidt